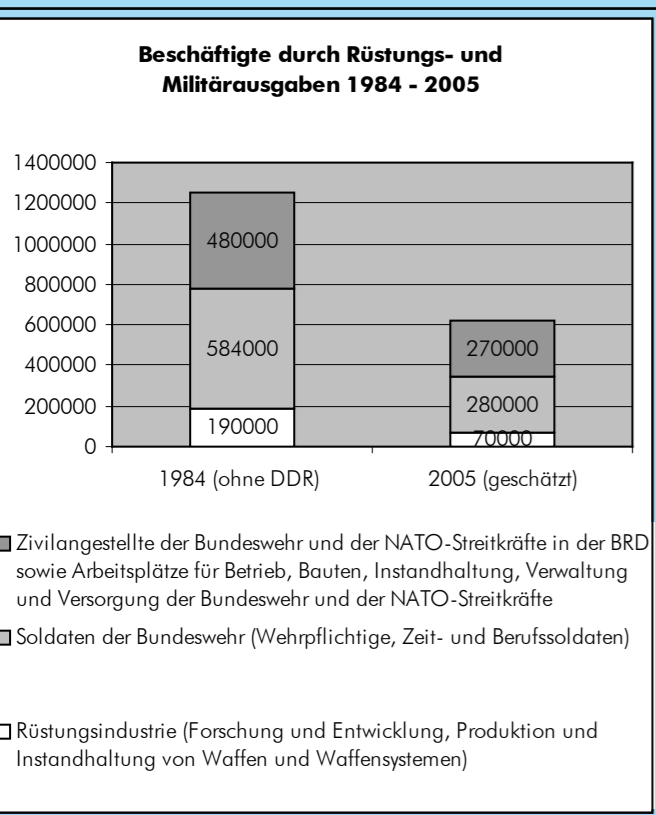


Arbeitsplätze

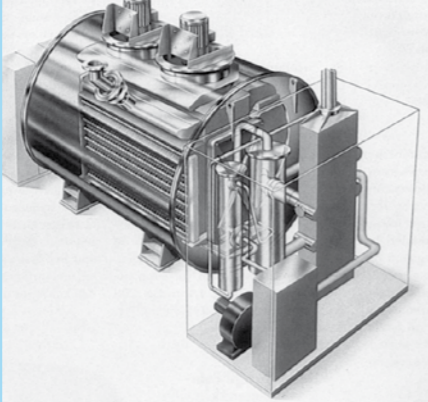
Wenn wir die allgemeine Abrüstung und die Abschaffung der Bundeswehr fordern, wird uns oft entgegengehalten, dass dann Hunderttausende von Menschen arbeitslos würden. Auch der Export von Waffen und Rüstungsgütern wird damit gerechtfertigt, dass mit diesen Verkäufen Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes ist somit ein Hindernis für Abrüstung.

Etwa 620 000 Beschäftigte, das sind etwa 1,6 Prozent der Beschäftigten in der BRD, werden durch die Ausgaben für Militär und Rüstung finanziert. Dabei handelt es sich um Ausgaben der BRD bzw. der NATO-Staaten, die Truppen in der BRD stationiert haben. Die Soldaten der Stationierungsstreitkräfte sind darin also nicht enthalten, sie sind keine „Beschäftigten“ in der BRD.



Quellen: Wellmann, C.: **Abrüstung und Beschäftigung - ein Zielkonflikt**, Frankfurt/M. 1989; **ami 10/99 u. 11/00; SZ 24.3.00, 9.5.03, 12.3.04, 16.7.04 u. 07.05.04.**

Brennstoffzellenkraftwerk der Firma MTU: Stromproduktion aus Erdgas oder Biogas, geräuschlos und emissionsfrei.



Abrüstung

Die Regierungen der Staaten finanzieren Militär und Rüstung, um über ein Machtinstrument zu verfügen, nicht um Arbeitsplätze zu schaffen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist eine wichtige Rechtfertigung für die riesigen Militärapparate weggefallen. Viele Waffen wurden verschrottet und Soldaten entlassen.

Die Anzahl der Arbeitsplätze, die durch die Ausgaben für Rüstung und Militär finanziert werden, hat sich in den letzten fünfzehn Jahren halbiert. (bezogen auf die alten Bundesländer! Die „abgewickelten“ Soldaten und Rüstungsarbeiter der DDR sind hier gar nicht berücksichtigt!) Hunderttausende haben sich bereits zivil umorientiert, auch die restlichen können sich in den nächsten Jahren ins zivile Leben integrieren.

Die Rüstungsindustrie kann auch zivile Produkte herstellen. Die Strukturen von Rüstungsunternehmen sind aber an einem Auftraggeber, dem Staat, orientiert, nicht auf einen Markt und auf die Bedürfnisse verschiedener Kunden ausgerichtet. Die Interessensvertreter der Rüstungsindustrie üben ihren politischen Einfluss aus, um Aufträge, Know-how und Kompetenzen zu erhalten und um Rüstungsexporte ausweiten zu können. Die Rüstungsindustrie Europas steht im technologischen Wettbewerb mit der USA.

In der geplanten Verfassung für die Europäische Union wird ein „Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ vorgeschrieben, das die europäische Rüstungsindustrie stärken soll. (vgl. das Faltblatt: „Europa abrüsten!“)

Umdenken

Militär löst keine Konflikte

Konflikte um knapper werdende Ressourcen, z.B. Öl oder Wasser, werden militärisch ausgetragen. Kriege und Rüstungswettläufe zur Sicherung der Rohstoffe werden zur weiteren Verringerung genau dieser Ressourcen beitragen. Militär und Rüstungsindustrie verschwenden Energie und Rohstoffe. Gleichzeitig binden die Ausgaben für Kampfflugzeuge, U-Boote, Fregatten usw. die Gelder und das Know-how, die für die Umstellung unserer Energieversorgung und Industrie auf eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschaftsweise notwendig sind. Die Bundeswehr wird derzeit zur Interventionsarmee umgebaut und „dementsprechend lässt sich Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen“, wie es in den Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt. Die Bundesregierung rechtfertigt die Umrüstung der Bundeswehr mit „internationaler Verantwortung“ und „humanitären Aufgaben“. (vgl. unser Faltblatt „Wozu Bundeswehr?“) NATO und EU wollen ihre globalen Interessen militärisch durchsetzen. Für die Gewinne der Rüstungsindustrie ist es freilich unerheblich, wofür die Waffen einst verwendet werden.

Rüstungsarbeit - teuerste Arbeit

Wenn der Staat Steuermittel für soziale Bereiche ausgibt, so sind dies zu über 90 Prozent Löhne und Gehälter. Bei der Beschaffung von Waffen wird weniger als die Hälfte der Ausgaben für Löhne und Gehälter verwendet. Der Aufwand für Arbeitsmittel, Rohstoffe und Energie ist sehr hoch, dazu kommt noch die Gewinnspanne für die Unternehmen. Ginge es nur um die Schaffung von Arbeitsplätzen, müssten LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, SteuerfahnderInnen, Pflegekräfte und dergleichen eingestellt werden.

Abrüstung schafft Arbeit

Abrüstung setzt Steuermittel frei für sinnvolle Beschäftigung und nützliche Produkte. Wir wollen mit unserer Öffentlichkeitsarbeit zu einem notwendigen Prozess des Umdenkens beitragen und einen sozialverträglichen Prozess der Abrüstung anstoßen.

Pflege und Betreuung sind arbeitsintensiv. Hier fehlt Geld für mehr Beschäftigung



Umsteuern

Die Modernisierung der Industrie bedeutet die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen. Immer weniger Arbeitskräfte werden benötigt, um das herzustellen, was die Menschen brauchen. Immer mehr Arbeitsplätze in der Produktion fallen weg, immer mehr Menschen arbeiten im Dienstleistungsbereich.

Ein ökologisch orientiertes Steuersystem sollte Energie-, Rohstoff- und Landschaftsverbrauch einer Steuer unterwerfen und Umwelterstörung bestrafen. Gleichzeitig könnten die Steuern auf Löhne und Arbeitseinkommen gesenkt werden. Die Lohnkosten für die Unternehmen würden sinken. Durch dieses Umsteuern wird auch die Nachfrage nach alternativen Produkten verstärkt und neue Arbeitsplätze könnten entstehen. Die Nachfrage nach Produkten, die zugleich sozial nützlich und ökologisch sinnvoll sind, kann auch durch öffentliche Auftraggeber mit vorhandenen Steuermitteln erfolgen.

Ein ökologisches Umsteuern allein wird die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine gerechte Verteilung der erwirtschafteten Überschüsse muss hinzukommen. Abrüstung ist kein Wundermittel zur Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme, aber ein wesentlicher Schritt zu einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsweise.



Vorschriften zum Umweltschutz nützen nur, wenn sie kontrolliert werden. Hierfür fehlt Personal.

Schritte zur Abrüstung



Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden. Krieg ist aber die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Militär löst keine Konflikte.

Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir als **Schritte zur Abrüstung:**

- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 % jährlich
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich
- Entmilitarisierung der Europäischen Union

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung zu den Forderungen. Mit der Veröffentlichung meines Namens/meiner Funktion bin ich einverstanden/nicht einverstanden (Unzutreffendes streichen).

Name:

Funktion:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

Weitere Informationen zur Kampagne:
www.schritte-zur-abruistung.de

Info-Scheck

Bitte im frankierten Briefumschlag einsenden!

Absender/in:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon / E-Mail:

DFG-VK

Materialversand

Haußmannstr. 6

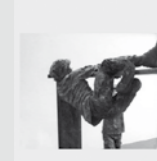
70188 Stuttgart

Ich möchte **kostenlose Infos erhalten** über...

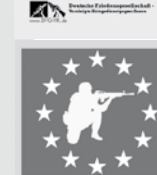
die Organisation **DFG-VK**

Zivilcourage, die Zeitschrift der DFG-VK

Wozu Bundeswehr?



Wozu Bundeswehr?



Europa abrüsten!



Auslandseinsätze beenden!



Auslandseinsätze beenden!



Konflikte zivil bearbeiten!



Konflikte zivil bearbeiten!



Umstellung fördern!



Umstellung fördern!



Umstellung fördern!

Ich möchte **kostenlose Infos erhalten** über die Kampagne „Schritte zur Abrüstung“

Ich habe den **elektronischen Newsletter** auf der Website www.schritte-zur-abruetzung.de abonniert und benötige keine weitere Info-Post.

Ich möchte weiter ein- bis zweimal jährlich die **Info-Post** über die Schwerpunkte im Rahmen der „Schritte zur Abrüstung“ erhalten und überweise 5,- Euro für Porto, Druck- und Versandkosten an die *DFG-VK, Kto.-Nr. 8104600, BfS Köln, BLZ 370 205 00.*

Ich möchte **Mitglied** in der DFG-VK werden.

Ich möchte **Infos weitergeben** und bestelle folgende *Themenfaltblätter*:

- ... St. Schritte zur Abrüstung - kostenlos
- ... St. Wozu Bundeswehr? 5 St. 0,50 €
- ... St. Umstellung fördern! 5 St. 0,50 €
- ... St. Atomwaffen verschrotten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Rüstungsexporte stoppen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Konflikte zivil bearbeiten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Wehrpflicht abschaffen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Europa abrüsten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Auslandseinsätze beenden! 5 St. 0,50 €

zuzüglich 2,50 € Versandkosten pro Bestellung

Datum und Unterschrift



Friedenspolitik braucht Organisation

Eine Politik der Abrüstung und zivilen Konfliktbearbeitung wird nicht vom Himmel fallen. Dafür braucht es Friedensorganisationen, die von staatlichen Mitteln und Interessen wie auch von Parteien und deren Machtkalkül unabhängig sind. Nur Friedensorganisationen mit fester Mitgliedschaft, festen Strukturen und eigenen Finanzmitteln können kontinuierlich auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und ein Gegengewicht setzen zur Lobby der Militär- und Kriegsbefürworter. Es reicht nicht, erst dann zu protestieren, wenn wieder ein Krieg im Gange ist. Die Mitglieder der DFG-VK haben die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (War Resisters' International WRI) unterschrieben:

„Der **Krieg** ist ein **Verbrechen** an der **Menschheit**. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg** zu unterstützen und an der **Beseitigung aller Kriegursachen** mitzuwirken.“

Mehr Infos im Internet: www.dfg-vk.de, www.schritte-zur-abruetzung.de

Dieses Faltblatt wird herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Kasseler Str. 1 a, 60486 Frankfurt/M. in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk, Schwanthalerstr. 133, 80339 München und mit Unterstützung der Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund sowie des Jugendclubs Courage.
Text: Thomas Rödl (Vi.S.d.P.)
Redaktion und Layout: Kai-Uwe Dosch

Wir bitten um Spenden zur Finanzierung **friedenswissenschaftlicher Projekte an die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Kto.-Nr. 817 46 07, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00. Spenden sind steuerlich absetzbar.**

Umstellen

Die Rüstungsindustrie ist technisch in der Lage, andere Produkte zu entwickeln und herzustellen. Hierzu wären allerdings Veränderungen in der Struktur und Kultur der Unternehmen erforderlich; sie müssten sich an Märkten und Kunden orientieren. Einzelne Rüstungsunternehmen haben bereits ihren zivilen Bereich ausgeweitet. Die meisten haben Arbeitsplätze abgebaut, Standorte geschlossen und ihre Kapazitäten verkleinert. Eine Umstellung der Rüstungsindustrie, wie von der Friedensbewegung gefordert, hat praktisch nicht stattgefunden. Es gibt andererseits viele Vorschläge für zivile Produkte aus den Reihen der Beschäftigten von Rüstungsbetrieben, doch bisher fehlen die Bedingungen für ihre Umsetzung: ein Prozess der Abrüstung und eine ökologisch orientierte Politik, welche die Nachfrage nach anderen Produkten unterstützt.



Beispiele für alternative Produkte

Luft- und Raumfahrt
Zivile Flugzeuge
und Hubschrauber
Medizintechnik
Energietechnik
Brennstoffzellen
Umwelttechnik



Schiffbau / Werften
Windkonverter
Umwelt- und Entsorgungstechnik
Unterwasserförderung
von Rohstoffen
Meerwasserentsalzung
Blockheizkraftwerke



Landfahrzeuge
Schienenverkehr
Lokomotiven
Energietechnik
Transport- und Logistiksysteme
Bau- und Landmaschinen

Aufbau

Umwidmung militärischer Flächen

Durch die Verkleinerung der Bundeswehr und den Abzug der sowjetischen und zahlreicher NATO-Truppen aus Deutschland wurden in vielen Städten Flächen frei für neue Wohnungen, für Gewerbe und Verkehrsanlagen. Gewerbe- Dienstleistungs- und Einkaufszentren und damit neue Arbeitsplätze sind entstanden. Sanfter Tourismus auf einem Truppenübungsplatz bringt mehr Geld in eine Region als Krieg spielende Soldaten.

Münster: Auf ehemaligem Kasernengelände entstehen Wohnungen und Arbeitsplätze.



Regionale Förderung

Im Allgemeinen ist die militärabhängige Beschäftigung in Deutschland von geringer Bedeutung. In strukturschwachen Gebieten können jedoch die Bundeswehr oder die Rüstungsindustrie als Arbeitgeber (oder beide zusammen) ein regional bedeutsamer Wirtschaftsfaktor sein. In den 90er Jahren haben die Bundesländer höhere Anteile an Steuern des Bundes erhalten, um nach dem Abbau von Standorten der Bundeswehr Anpassungs- und Ausgleichsmaßnahmen finanzieren zu können. Außerdem gibt es Mittel der Europäischen Union für Konversion (= Umstellung), also für regionale Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung als Ausgleich für die Auflösung von militärischen Standorten.

Diese Mittel wurden in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich und z.T. gar nicht genutzt. Regionale Wirtschafts- und Arbeitsplatzinteressen werden weiterhin gezielt benutzt, um Abrüstung zu blockieren.

Chancen nutzen

Regionale Gremien unter Beteiligung von Behörden, Industrie und Handel und betroffenen Beschäftigten können regionale Umstellungsprozesse planen, fördern und begleiten. Der Abbau der Bundeswehr bietet die Möglichkeit, zukunftsfähige Strukturen und Beschäftigung zu fördern.

Aufbruch

Qualifizierung

Viele Zeit- und Berufssoldaten haben eine Ausbildung, die auch zivil verwendbar ist. (z.B. als Techniker, Ingenieure). Bei der militärischen Führungselite ist es allerdings fraglich, ob sie etwas anderes kann als Kriege planen, Manöver veranstalten und „humanitär einmarschieren“. Auch hier ist die „Flexibilität und Eigeninitiative“ gefragt, die gemeinhin von den Arbeitslosen gefordert wird. Abrüstungsplanung beinhaltet, staatliche Mittel für Qualifizierungsprogramme für Rüstungsbeschäftigte, Militär- und Zivilpersonal zur Verfügung zu stellen.

Initiative

Lebenslanges Lernen wird heute von allen erwartet. In der Rüstungsforschung arbeiten überdurchschnittlich viele hoch qualifizierte Mitarbeiter. Höhere Qualifikation bedeutet größere Flexibilität. Hoch qualifizierte MitarbeiterInnen können aus eigener Initiative in zivile Bereiche wechseln. Schon heute hat der Rüstungsbereich ein schlechtes Image unter Hochschulabgängern. Jede/r kann und muss sich fragen, ob er/sie zu Tod und Zerstörung beitragen oder nützliche und ökologische Produkte herstellen will.

Die ArbeitnehmerInnen in der Rüstungsindustrie wie auch die zivilen Angestellten der Bundeswehr brauchen klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.



Umstellung

fördern!



Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen